

SCHWERPUNKTTHEMA DIESER AUSGABE:

Kampagnen, die Mut machen

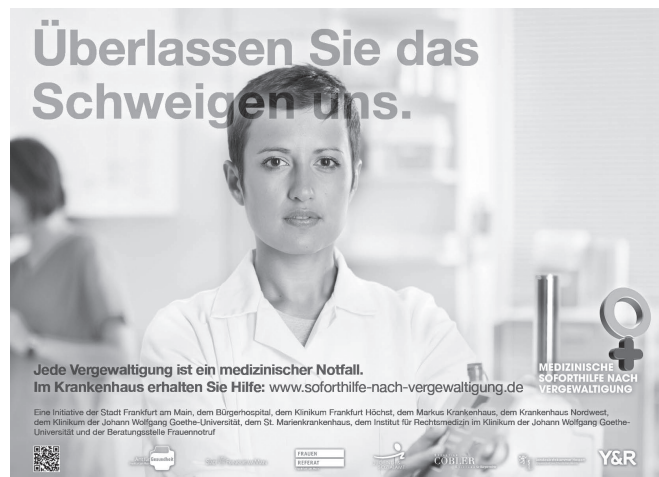


Fachinformationsdienst
zur Bekämpfung von Gewalt
gegen Frauen und Kinder
in Mecklenburg-Vorpommern

MEDIZINISCHE VERSORGUNG NACH VERGEWALTIGUNG Frankfurter Initiative für bessere Versorgung nach sexueller Gewalt

Alle Betroffenen sollen nach einer Vergewaltigung Zugang zur bestmöglichen medizinischen Versorgung haben – unabhängig davon, ob sie Anzeige erstatten oder nicht. Das ist die Zielsetzung einer bundesweit einmaligen Initiative der Stadtverordnetenversammlung, des Frauenreferats, des Amtes für Gesundheit und des Jugend- und Sozialamts der Stadt Frankfurt am Main, die mit einer großen Plakat-Kampagne in Frankfurt gestartet ist. Als Botschafterin engagiert sich die Frankfurterin Susanne Fröhlich für die Kampagne. Susanne Fröhlich erklärt: „Ein weit verbreitetes Klischee ist immer noch, dass Frauen bei einer Vergewaltigung die Mitschuld tragen. Auch deswegen trauen sich viele Betroffene nicht zum Arzt – aus Angst, dass alles publik wird. Daran muss sich etwas ändern.“ Alle Frankfurter und Frankfurterinnen können nun erfahren, wie wichtig es für Betroffene ist, zum Arzt zu gehen, und dass ihr Umfeld sie dabei unterstützen sollte.

Die Beratungsstelle Frauennotruf ist damit beauftragt, die Veränderungen in der Versorgungsstruktur gemeinsam mit Frankfurter Kliniken auszuarbeiten, die Fortbildungen für Ärzte zu organisieren und die Öffentlichkeit zu sensibilisieren. Die international tätige Agentur Young & Rubicam, die den Frankfurter Frauennotruf seit Jahren pro-



bono unterstützt, arbeitet an der Umsetzung der Kampagne. Im Februar 2013 fiel der Startschuss für die Initiative: mit großflächigen Plakate macht die Kampagne darauf aufmerksam, dass jede Vergewaltigung ein Notfall ist, und dass Betroffene sich an ein Krankenhaus wenden sollten. Angela Wagner vom Frauennotruf erklärt: „Es ist uns ein großes Anliegen, die Situation für Betroffene zu verbessern. Mit unserem Vor-



haben betreten wir Neuland. Wir fühlen uns sehr geehrt, dass die Stadt uns mit dem Auftrag zur Umsetzung diesen enormen Vertrauensvorschuss entgegenbringt.“

EDITORIAL

Das hilflose und verletzte Opfer steht häufig im Mittelpunkt medialer Berichterstattungen und leider auch in der Öffentlichkeitsarbeit von Unterstützungssystemen für von sexualisierter und häuslicher Gewalt Betroffene. Mitgefühl und Betroffenheit soll über drastische Bilder erzeugt werden. Doch zugleich wird auf diese Weise der Status des hilflosen Opfers reproduziert. In dieser Ausgabe finden Sie gleich zwei aktuelle und sehr unterschiedliche Beispiele von Öffentlichkeits-Kampagnen, die auf Kompetenz und Handlungsmacht setzen. Sie sprechen auf positive Weise Zielgruppen an und verdeutlichen Gestaltungsspielräume und Ressourcen.

Die Frankfurter Initiative für bessere Versorgung nach sexualisierter Gewalt zeigt starke und kompetente Helfer_innen aus dem medizinischen Bereich. Sie wollen betroffenen Frauen, Mädchen, Jungen und Männern Mut machen, dass ihre Gesundheit und ihr Wohlergehen nach einer Vergewaltigung an erster Stelle stehen.

Das Modellprojekt „Bürgermut“ aus dem Landkreis Diepholz entwickelte neue Handlungsansätze bei häuslicher Gewalt, speziell im ländlichen Raum, und richtet sich nicht primär an „Opfer“ oder „Täter/innen“, sondern ausdrücklich an die zivile Bevölkerung um Nachbarnschaften zu aktivieren und zivilgesellschaftliche Mechanismen zum Schutz von Gewaltbetroffenen zu entwickeln.

Vielleicht sind diese Beispiele auch etwas für Mecklenburg-Vorpommern?

Gisela Best,
Landeskoordinierungsstelle CORA

INHALT

Medizinische Soforthilfe nach Vergewaltigung	01
Modellprojekt: Bürgermut	03
Neu in M-V.	05
Informationen	10

Bereits im September 2011 hatte die Mehrheit der Stadtverordneten parteiübergreifend beschlossen, die Situation für Betroffene zu verbessern. Mit der groß angelegten Öffentlichkeits-Kampagne und den Veränderungen im Versorgungssystem nimmt Frankfurt bundesweit eine Vorreiterrolle ein. Rosemarie Heilig, Dezernentin für Umwelt und Gesundheit: „Frauen, die Gewalt erfahren, brauchen schnelle Hilfe, unabhängig davon, ob Religion, Moral und Ethik gegen die eine oder andere Hilfestellung Position beziehen.“ Und Prof. Dr. Daniela Birkenfeld, Dezernentin für Soziales, Senioren, Jugend und Recht, führt weiter aus: „Mit unserer Kampagne soll jede und jeder erfahren, dass kein Krankenhaus eine Frau nach einer Vergewaltigung abweisen darf.“

An dem neuen Verfahren in der Main-Metropole beteiligen sich sieben Frankfurter Kliniken und bauen die Akutversorgung aus. Entsprechende medizinische Fortbildungen haben stattgefunden.

Autorin

Angela Wagner
Geschäftsführung der Beratungsstelle
Frauennotruf
Kasseler Str. 1a (Ökohaus)
60486 Frankfurt am Main



Informationen unter:
www.soforthilfe-nach-vergewaltigung.de

MODELLPROJEKT BÜRGERMUT

AUTORINNEN: CHRISTINA RUNGE,
DORIS WIEFERICH

Entstehungsgeschichte des Modellprojekts Bürgermut tut allen gut – Nachbarschaften gegen Häusliche Gewalt aktivieren



Die Inspiration für unser Projekt ist 2008 in einem Fachforum der Frauenhauskoordinierung e.V. in Berlin/Erkner mit Vorträgen von Sabine Stövesand von der Hamburger Hochschule für angewandte Wissenschaften und Amy Thompson aus Boston geweckt worden – „Neue Wege in der Prävention von Beziehungsgewalt“¹. Hier wurde der Fokus auf die Zivilbevölkerung und die Nachbarschaften von Betroffenen gelegt, eine bislang ungenutzte oder vergessene Ressource im Hilfenetz-

werk Häusliche Gewalt. Allein schon die Methode der thematischen Küchentischgespräche in privaten Räumen ist heute noch eine lebendige Erinnerung. Für uns stellten sich seitdem entscheidende Fragen: Lässt sich dieser im großstädtischen Bereich erprobte Ansatz auf den ländlichen Raum übertragen? Mit welchen besonderen Maßnahmen kann die vor Ort etablierte Gewaltschutzarbeit ergänzt werden? Im Sommer 2010 erhielt das im Landkreis Diepholz aktive Netzwerk Häusliche Gewalt zu diesem Thema eine bestärkende und gezielte Ansprache durch den Landespräventionsrat Niedersachsen. Als wesentliche impulsgebende Kräfte sind hier der Landkreis Diepholz mit dem Fachdienst für Gleichstellung, Integration und Prävention und der Träger der Gewaltschutzeinrichtungen mit der Leiterin der Einrichtungen zu nennen. Im Rahmen des Förderschwerpunkts 2011-2012 des Landespräventionsrates (LPR) „Kriminalprävention durch Stärkung von Zivilcourage“ konnten wir unsere so lange gereiften Ideen zur Entwicklung eines Gemeinwesenansatzes bei unserer Arbeit im Bereich Häuslicher Gewalt in die Tat umsetzen.

Landkreisebene zu finden und das auf dieser Ebene agierende Präventionsgremium „Prävention im Blick“ als Antragsteller zu gewinnen. Eine sechsmontatige Vorbereitungszeit und eine Konzepterstellung anhand der Beccaria-Richtlinien² haben letztendlich zum Erfolg geführt. Der Förderantrag konnte fristgerecht beim LPR eingereicht und das anfangs skeptische Präventionsgremium überzeugt werden. Die Finanzierung des Projekts ist maßgeblich über den LPR sichergestellt worden, doch es sind auch nicht unerhebliche Eigenmittel eingebracht, sowie Sponsorengelder eingeworben worden. Die Projektverantwortung wurde von Christina Runge, Leiterin des Fachdienstes für Gleichstellung, Integration und Prävention des Landkreises Diepholz, sowie von Doris Wieferich, der Leiterin der Einrichtungen des Vereins zum Schutz misshandelter Frauen und Kinder Landkreis Diepholz e.V. wahrgenommen. Beide waren und sind Ansprechpartnerinnen für alle Fragen des Projektes.

Wie ist das Konzept formuliert, was sind seine Besonderheiten? Als Ziele

¹ Der Beitrag ist zu lesen unter: <http://www.frauenhauskoordinierung.de/fileadmin/redakteure/pdfs/Fachforen/7.fachforum2008/StoebesandThompsonCloseToHome.pdf>

Doch vorher galt es für diese Idee Fürsprecherinnen und Fürsprecher auf

² Hintergründe zum Beccaria-Programm zu finden unter: http://www.beccaria.de/nano.cms/de/Beccaria_Programm1/Page/1/

des Projekts sind von uns u.a. formuliert worden: Sensibilisierung der Zivilbevölkerung zum Thema Häusliche Gewalt, Aktivierung von Nachbarschaften und Entwicklung zivilgesellschaftlicher Mechanismen zum Schutz von Gewaltopfern. Dies bedeutete, dass ein fortlaufender Perspektivwechsel vollzogen werden musste: alle Maßnahmen und Handlungsansätze waren nicht auf die üblichen Zielgruppen Opfer, Täter/Täterinnen oder professionelles Hilfenetzwerk ausgerichtet. Vielmehr lag der Fokus auf der Zivilbevölkerung und es gab keine Rollenzuweisungen und Vorannahmen.

Für die Umsetzung dieses Modellprojektes haben wir bewusst eine sehr ländlich geprägte Region ausgesucht. Zum einen ist der direkte Zugriff und der Bekanntheitsgrad des vorhandenen Hilfenetzwerkes nicht stark genug ausgeprägt. Zum anderen ist das dörfliche Leben in der Regel durch ein reges Ver-



einleben geprägt, das Rückschlüsse auf ein enges soziales Netzwerk zulässt. Dem steht entgegen, dass die Entdeckung und Wahrnehmung von Beziehungsgewalt durch typische Rahmenbedingungen der dörflich-ländlich strukturierten Nachbarschaften beeinflusst wird. Anders als in der Stadt leben Menschen überwiegend in der Anonymität der Einfamilienhäuser, was auch dazu beiträgt, dass Häusliche Gewalt leichter unentdeckt bleiben kann. Uns schien die Förderung nachhaltiger Unterstützungsstrukturen im sozialen Umfeld als Kompensation fehlender bzw. weit entfernter Beratungs- und Unterstützungseinrichtungen eine Chance, die Hilfestellungen für betroffene Menschen zu optimieren bzw. zu ergänzen. Die Größe des Landkreises und eine sehr regional orientier-



te Presse erschweren eine einheitliche Informationsvermittlung. Die Wahl ist auf die Samtgemeinde Barnstorf mit seinen vier Mitgliedsgemeinden Barnstorf, Drebbler, Drentwede und Eydelstedt gefallen. Hier leben auf einer Fläche von 205 qkm ca. 12.000 Menschen und engagieren sich in ca. 140 Vereinen.

Die Vereinsstrukturen waren auch der erste Ausgangspunkt bei der Ansprache der Zivilbevölkerung, vorrangig umgesetzt durch die Projektleitung. Die in Vereinen organisierten Menschen, die SchülerInnen und Lehrkräfte der Oberschule, Geschäftsleute und EinwohnerInnen der Samtgemeinde Barnstorf waren für zwei Jahre die Zielgruppe unseres Vorhabens. Die Ansprache erfolgte durch unterschiedlichste Maßnahmen und einer breit angelegten Öffentlichkeitsarbeit. Die lokale Presse stand dem Projekt von Beginn an sehr aufgeschlossen gegenüber und hat neben einer regelmäßigen Berichterstattung alle Maßnahmen wie Infostände, Haustür- und Küchentischgespräche angekündigt und eine Zeitungsserie über die zwölf am häufigsten gestellten Fragen ermöglicht. Unsere grundlegende Idee bei der Umsetzung einzelner Maßnahmen war, dorthin zu gehen, wo sich die Menschen sowieso aufhalten. So haben wir regelmäßige Informationsstände vor den verschiedenen Einkaufsmärkten in der Samtgemeinde aufgebaut, straßenzugweise

angekündigte Haustürgespräche geführt und besondere Aktionen im Rahmen von regionalen Festen und Veranstaltungen durchgeführt. Wie bei allen Maßnahmen haben wir auch hier die Ziele verfolgt, möglichst breit zu informieren und zu sensibilisieren. Es galt Menschen zu finden, die sich schu-

len lassen möchten, um zukünftig couragierter handeln zu können und somit auch zu einem veränderten Handeln in ihrer Umgebung beitragen. Wichtig war es deutlich zu machen, dass es bei Zivilcourage grundsätzlich um ein aktives Handeln geht, ohne sich selbst in Gefahr zu bringen, und

dass dieses aktive Handeln auch bei Häuslicher Gewalt angesagt ist. Es wurden Handlungsmöglichkeiten aufgezeigt, für Erwachsene im Rahmen von MultiplikatorInnenschulungen, für Kinder und Jugendliche durch eine zweistufige Unterrichtseinheit in den 8., 9. und 10. Klassen. Die an unterschiedlichen Ortsteilen organisierten Küchentischgespräche tagten nach der Devise „Darüber reden hilft“.

Ein übergeordnetes Ziel des Projektes, bzw. seiner Maßnahmen war es, zu einer veränderten Wahrnehmung von Gewalt zu kommen und der Einstellung entgegen zu arbeiten, dass Häusliche Gewalt eine Privatangelegenheit ist. Es galt dabei u.a. die Bereitschaft zu wecken sich mit seinem eigenen Ge-

waltverhalten auseinander zu setzen und tradierte Vorstellungen in Frage zu stellen, wie z.B. Gewalt kommt nur in asozialen Familien vor. Um den uns so wichtigen Perspektivwechsel von vornherein deutlich zu machen, sowie die Feststellung zu untermauern „Häusliche Gewalt geht uns alle an, Männer wie Frauen, Jung wie Alt“, haben wir unter Gendergesichtspunkten ein interdisziplinäres Mobiles Beratungsteam (MB) zusammengestellt. Dieses Team hat i.d.R. alle Maßnahmen durchgeführt – in einem Frau-Mann-Team. Das MB bestand aus Fachberaterinnen der Gewaltberatungseinrichtungen, Mitarbeitern der Kriminalprävention der Polizeiinspektion Diepholz, Studenten der Universität Vechta und Hildesheim, einem Mitarbeiter des Fachdienst Sicherheit und Ordnung des Landkreises Diepholz, dem Jugendpfleger einer Nachbarkommune, einer Mitarbeiterin

schaften fungieren können. Die von uns gewollte und umgesetzte starke Präsenz am Ort, in der Presse und auf regionalen Festen trug im Wesentlichen zu einer neuen Auseinandersetzung mit dem Thema bei. Die Vielzahl der geführten Gespräche belegt die Wirksamkeit dieser Ansätze. Der Zielerreichungsgrad des Projekts kann von daher als gut bewertet werden. Die gestalteten und informellen Gespräche mit der Bevölkerung beförderten die Projektziele und haben sich in dieser Kombination bewährt. Funktionierende gute nachbarschaftliche Verhältnisse haben viele Befragte beschrieben, dennoch kam der Einwand, dass es schwierig ist wahrzunehmen, ob ein/e Nachbar/in von Häuslicher Gewalt betroffen ist. Ebenfalls ist es schwierig für viele BürgerInnen, diese Vermutung auszusprechen. Diese Aussagen bzw. Reaktionen lassen eine anhaltende Tabuisierung des The-

dies schafft ungezwungene Gesprächsanlässe; interdisziplinäre, gemischtgeschlechtliche und mit Haupt- und Ehrenamtlichen zusammengesetzte Teams; Einbindung von Wirtschaft vor Ort; regelmäßige Teamsitzungen und eine enge Begleitung durch die Projektleitung. Darüber hinaus ist Kontinuität bei den Maßnahmen sowie Flexibilität und Kreativität wichtig – aus Misserfolgen neue Maßnahmen entstehen lassen. Als erschwerend haben sich die gewählten Begrifflichkeiten MultiplikatorInnen und MultiplikatorInnenschulung erwiesen und sollten in Übertragungsprojekten anders gewählt werden. Dadurch wurden Assoziationen bei der Bevölkerung ausgelöst – es wird Fachlichkeit von mir erwartet, ich verpflichte mich für etwas, was ich nicht überblicken kann – die es uns erschweren sie für die Schulungen zu gewinnen. Weitergehende Projektinformationen und Evaluationsergebnisse können in der Projektdokumentation nachgelesen werden oder unter www.buergermut.jimdo.com



www.buergermut.jimdo.com

Bürgermut tut allen gut

RUFEN SIE UNS AN!
(05441) 976-1077

Die Initiative von: **Prävention im Blick**
im Landkreis Diepholz

Zivilcourage zeigen!
Ein Ort der Menschlichkeit!

des Jobcenters sowie einem Ratsmitglied der Samtgemeinde Barnstorf.

Wie ist die Projektumsetzung zu bewerten? Die Evaluation unseres Projektes, durchgeführt von ArtSet aus Hannover, bescheinigte uns einen hohen Realisierungsgrad auf der direkt bezogenen Maßnahmenebene. In der Tat war es so, dass alle geplanten Maßnahmen, Gründung des Mobiles Beratungsteams, Kontaktaufnahme zu Vereinen und Anderen, sowie die Infostände, Haustürgespräche, Küchentischgespräche und Unterrichtseinheiten umgesetzt wurden. Mit all diesen Methoden konnten MultiplikatorInnen gewonnen und ausgebildet werden, die nun über das Projekt hinaus als thematische AnsprechpartnerInnen in den Nachbar-

mas durchblicken, die sicherlich nicht innerhalb der Projektdauer von zwei Jahren signifikant behoben werden kann. Gleichzeitig haben mit 17 Prozent erstaunlich viele Personen es dennoch gewagt, eine solche Vermutung konkret anzusprechen. Das bestärkt uns, den richtigen methodischen Ansatz gewählt zu haben.

Rückblickend können wir folgende Erfolgsfaktoren benennen: Frühzeitige Einbindung von politischen und sonstigen EntscheidungsträgerInnen, intensive Begleitung durch die örtliche Presse; Aufbau und Pflege einer Projekthomepage; Gestaltung aller Werbemaßnahmen – vom Großplakat bis zum Notizblock – mit Gesichtern aus der Region,

Bezugsadresse:

Prävention im Blick, c/o Landkreis Diepholz, Christina Runge, Niedersachsenstraße 2, 49356 Diepholz, 05441 976 1077, buergermut@diepholz.de.

ZU DEN AUTORINNEN



(v.l.) **Christina Runge**, Geschäftsstelle Prävention im Blick, Leiterin des Fachdienstes für Gleichstellung, Integration und Prävention beim Landkreis Diepholz
Doris Wieferich, Leiterin der Gewaltberatungseinrichtungen in Trägerschaft des Vereins zum Schutz misshandelter Frauen und Kinder Landkreis Diepholz e.V.

NEU IN MECKLENBURG-VORPOMMERN

FACHPRAXIS GEWALTBERATUNG GREIFSWALD

AUTOR: TILO ZOCHER

Auszug aus einem Beratungsprotokoll: Ein Mann, pädagogische Ausbildung, 2 Kinder, lebt in einer Patchwork-Familie in Mecklenburg-Vorpommern. Er ist ein Selbstmelder und bittet dringend um einen Termin in der Beratungsstelle. Seine ersten Worte sind: „Ich möchte, dass es aufhört“; „Sie hat es verdient“! „Sie hat mich beleidigt, klein gemacht, gedemütigt.“ Der Mann berichtet: „Egal was ich mache, ich mache es falsch. Ich kriege mich nicht mehr runter. Irgendwann ist mir alles egal.“

Etwa jeder 5. Mann wird in seinem Leben gegenüber seiner Partnerin gewalttätig. Diese Täter sind keine Monster, wie sie sich die Gesellschaft vorstellt. Dieser Mann ist ein ganz normaler durchschnittlicher Mann. Sie sind in der Akademikerfamilie zu finden bis hin zur Familie des Arbeitslosen. Weder Schicht noch Bildung schützen vor gewalttätigem Verhalten. Die Vertuschungsmethoden unterscheiden sich beträchtlich, das Ausmaß der Gewalt jedoch nicht. Für ein Großteil der Männer ist die Familie das wichtigste in ihrem Leben. Männer arbeiten sehr viel daran, dieses Heim aufzubauen, das Zuhause zu stärken. Die größte Motivation, etwas in Bewegung zu bringen, ist die eigene Familie.

Die Gewalt findet dort statt, wo Menschen einander nahe stehen. Häusliche Gewalt ist eine Beziehungstat. Gewalttätig werden in der Regel Männer. Frauengewalt ist zwar ein zu beobachtendes zunehmendes Phänomen. Prozentual hochgerechnet, nehmen Frauen jedoch unter 10 % eine Gewaltberatung in Anspruch. Häusliche Gewalt geht primär von Männern aus; es ist ein Männerproblem.

Täter beschreiben ihre Gewalttaten, dass ihre Hand ausgerutscht sei, plötzlich kam es über sie, sie erzählen, dass sie ein Black-out hatten. „An diesem Tag

gab es keine besonderen Vorkommnisse. Es war ein ganz normaler Tag und plötzlich habe ich zugeschlagen.“

In der Gewaltberatung arbeiten wir gemeinsam heraus, dass die Gewalt nicht plötzlich herausbricht. Täter erleben im Vorfeld viele Belastungen, die sie ignorieren und wegstecken. Männer haben in der Regel gelernt, dass sie über Belastungen hinweggehen. Irgendwann wird es zu viel und einige Männer schlagen zu. Gewalt stellt demnach kein sinnloses Verhalten dar. Gewalt erfüllt eine Funktion. Nach der Gewalttat fühlt sich der Täter besser. Er ist kurzfristig erleichtert. Der Täter hat sich durch die Gewalt stabilisiert und hat die Situation unter Kontrolle gebracht. Gewalt ist die Abwehr von Ohnmacht. Der Gewaltkreislauf wird erneut durchlaufen, wenn der Täter die Verantwortung für seine Handlungen nicht übernimmt. Damit legt er die Weichen, erneut seine Ohnmacht zu erleben, um wieder zuzuschlagen. Die Verantwortungsabgabe hat eine Kehrseite. Wenn der Täter keine Verantwortung übernimmt, dann kann er auch nichts verändern bzw. beeinflussen. Der Täter kann seine Gewalt nicht verhindern, weil er, aus seiner Sicht, nichts getan hat.

In unserer Arbeit mit Tätern ist die Bewusstmachung seiner Verantwortung von zentraler Bedeutung. Zielgerichtete Interventionen unterstützen Täter, ihre Ziele zu erreichen, ohne Gewalt auszuüben. Eine weitere Frage in der Beratung kann sein, ob das Ziel sinnvoll ist für den Mann, oder das Ziel verändert werden muss. Wir arbeiten daran, dass Männer handlungsorientiert werden und eben sich nicht klein, unmännlich und ohnmächtig fühlen. Ziel ist es, dass Männer merken, wann sie eine Auszeit nehmen müssen, wann sie ins Gespräch gehen oder wann sie die Situation verlassen. Täter sollen ihre Grenzen und die Grenzen Anderer wahrnehmen und akzeptieren. Die Männer lernen achtsamer für sich zu werden. Wir aktivieren ihre Selbstmotivation. Das heißt, seinen Wunsch zu wachsen und seinen Bedürfnissen nachzugehen.

Seit dem 01.06.2013 befindet sich die

Fachpraxis für Gewaltberatung des Kreisdiakonischen Werkes Greifswald in neuen Beratungsräumen. In der Beratungsstelle erhalten Männer wie Frauen mit gewalttätigem Verhalten kostenfreie Unterstützung.

Kontakt:

Kreisdiakonisches Werk Greifswald-Ostvorpommern e.V.
 Fachpraxis für Gewaltberatung
 Kapaunenstraße 10
 17489 Greifswald
 03834 231 7903
 0162 2512751
 kontakt@gewaltberatung-greifswald.de
 www.gewaltberatung-greifswald.de

ZUM AUTOR



Tilo Zocher,
 Dipl.-Soz. Arbeiter/Soz. Päd. (FH)
 Gewaltberater/Gewaltpädagoge,
 Tätertherapeut i.A.

BERATUNGSSTELLE IN DEMMIN

Die Kontakt- und Beratungsstelle für Betroffene häuslicher Gewalt für die Region Demmin, ist unter Trägerschaft der AWO Sozialdienst gGmbH Demmin wieder besetzt und bietet Betroffenen und Angehörigen ihre Unterstützung an. Zuvor hatte die Aufgabe die Beratungsstelle in Stavenhagen inne, die nach über 20-jähriger Tätigkeit ihre Arbeit eingestellt hat.

Die Kontakt- und Beratungsstelle ist für alle Frauen und deren Kinder, aber auch für Männer, die Opfer häuslicher Gewalt sind, Ansprechpartnerin in der Region. ...

Das Büro ist rollstuhlgerecht, um Menschen mit Behinderungen den Zugang zu erleichtern.

Häusliche Gewalt ist eine Form der Gewalt, die im „geschützten“ Lebensumfeld wie Ehe, Familie und Partnerschaft geschieht. Sie hat viele Gesichter, aber sie verletzt immer die Würde und das Selbstbestimmungsrecht der Opfer.

Alles, was Ihnen gegen Ihren ausdrücklichen Willen angetan wird, ist eine Form von Gewalt!

Wir bieten Ihnen unsere Hilfe und Unterstützung an:

- persönliche oder telefonische Beratung
- Unterstützung bei Inanspruchnahme sozialer Leistungen

- Unterstützung bei der Durchsetzung rechtlicher Ansprüche
- auf Wunsch Begleitung zu Ämtern, Behörden, AnwältInnen und zur Polizei

Die Beratungen für Frauen und Männer, die von häuslicher Gewalt bedroht und oder betroffen sind, sind grundsätzlich individuell, vertraulich, kostenlos und auf Wunsch anonym.

Sie können sich mit Ihren Anliegen montags bis freitags an die Beratungsstelle wenden, unabhängig davon ob eine Strafanzeige erstattet wurde und wie lange die Straftat zurückliegt.

Auf Wunsch sind wir aufsuchend tätig bzw. bieten zusätzlich Beratungen in den Orten: Altentreptow, Stavenhagen, Malchin und Dargun an.



Machen Sie den ersten Schritt, wenden Sie sich an uns!

Kontakt- und Beratungsstelle für Betroffene häuslicher Gewalt Demmin der Arbeiterwohlfahrt Sozialdienst gGmbH Demmin
Am Hanseufer 2
17109 Demmin
03998 2854908
0157 30188570
bohlg@awo-demmin.de

INFORMATIONEN

FÜHRUNGSWECHSEL IM LANDESFRAUENRAT M-V

Dr. Renate Hill, langjährige Geschäftsführerin im Landesfrauenrat M-V (LFR) wurde am 31. Mai von Mitgliedsverbänden und MitarbeiterInnen des LFR in den wohlverdienten Ruhestand verabschiedet. Dr. Hill hat Anfang der 90er Jahre den Landesfrauenrat als landesweiten Dachverband für Frauengruppierungen aufgebaut. Bis heute hat sich der LFR zu einem Fachgremium für Frauen- und Gleichstellungspolitik in unserem Bundesland weiter entwickelt, mit dem Anspruch, gesellschaftliche Prozesse mit dem Genderblick zu begleiten und mitzugestalten. Frauen und Männer sollen Bedingungen in M-V vorfinden, die es ihnen ermöglichen, selbstbestimmt und gleichberechtigt zu leben und zu arbeiten. Dies war Dr. Hill immer ein wichtiges Ziel. Dazu hat sie viele ehren- und hauptamtliche Gleichstellungs-ExpertInnen im LFR gebündelt. Sie verstand es mit ihrer klugen, vermittelnden und beharrlichen Art, sich in politische Entscheidungsprozesse einzumischen und Frauen- und Gleichstellungspolitik lokal, regional und überregional richtungweisend mitzugestalten. Dafür danken wir Renate Hill besonders. Wir sind

stolz, eine Frau wie sie in unseren Reihen zu haben. Mit ihr verliert die professionelle Gleichstellungsarbeit im Land einen engagierten, offenen und lebenswerten Menschen. Wie wir Renate Hill aber kennen, werden wir sie sicher nicht ganz aus dem Auge verlieren. Die Redaktion der CORAktuell wünscht ihr für den Ruhestand viel Gesundheit, Zeit für die Familie und FreundInnen (wozu wir uns auch zählen) und vor allem Zeit für sich selbst.

Die Nachfolge von Renate Hill hat zum 1. Juni Claudia Kajatin angetreten. Claudia Kajatin, geb. 1972, hat Germanistik und Geschichte an der Uni Greifswald und in Norwegen studiert. In Sachen Gleichstellung ist sie in unserem Bundesland ein bekanntes Gesicht. Seit 2008 leitete sie das Kompetenzzentrum Vereinbarkeit Leben im LFR. Als versierte Gleichstellungsfachfrau und begnadete Kommunikationsexpertin ist sie geradezu prädestiniert, die Frauen- und Gleichstellungspolitik im Land und darüber hinaus mitzubestimmen. Überdies liegt ihr das Thema Vereinbarkeit besonders am Herzen, welches sie (wie wir alle mit mehr oder weniger Erfolg) in der Praxis zu leben versucht: „Zugegeben, ich verbringe viel Freizeit als (mal mehr, mal weniger) begeis-

terte Fußballzuschauerin, moderiere sehr gern Veranstaltungen, liebe Grand Hand, Rheingauer Riesling, junge zeitgenössische Kunst und doppelbödige Wortspielereien.“ Also dann liebe Claudia, auf eine fruchtbare Zusammenarbeit.



Der Landesfrauenrat M-V vertritt gegenwärtig als Dachverband die Interessen von 44 Frauenvereinen, gemischten Verbänden und Organisationen mit ca. 200.000 Mitgliedern zum Thema Gleichstellung.

Kontakt:

Landesfrauenrat M-V e.V.
03 81 - 49 02 442
info@landesfrauenrat-mv.de
www.landesfrauenrat-mv.de

LANDESAKTIONSPLAN GEGEN GEWALT AN FRAUEN IN BADEN WÜRTTEMBERG

Der Koalitionsvertrag der grün-roten Landesregierung in Baden Württemberg, der von 2011 bis 2016 konzipiert ist, bildet den Rahmen für den Landesaktionsplan „Gegen Gewalt an Frauen“. Darin wird die Gewalt gegen Frauen noch immer als ein in allen gesellschaftlichen Schichten verbreitetes Problem bezeichnet, dem mit bedarfsdeckenden Angeboten und entsprechenden Schutzmaßnahmen begegnet werden soll.

Letztes Jahr im Dezember fand die konstituierende Sitzung der „AG Landesaktionsplan gegen Gewalt an Frauen“ statt. Beim diesjährigen Workshop wurden die Weichen für die konkrete Vorgehensweise gestellt. In den vier Unterarbeitsgruppen

- Weiterentwicklung von Strukturen und Angeboten
 - Finanzierung von Frauenhäuser und Fachberatungsstellen
 - Interventionsabläufe bzw. Interventionsketten zum Schutz und zur Beendigung der Gewalt
 - Prävention und Öffentlichkeitsarbeit
- werden die Themenbereiche Häusliche Gewalt, sexuelle Gewalt, Menschenhandel und Zwangsprostitution sowie Zwangsverheiratung bearbeitet.

Die Mitglieder der Arbeitsgruppe sowie der Unterarbeitsgruppen kommen aus Fachverbänden, Kommunalen Spitzenverbänden, den Fachreferaten verschiedener Ministerien und aus der Praxis.

Das Sozialministerium hat für den Prozess zur Erstellung des Landesaktionsplans eine Koordinierungsstelle eingerichtet und das Monitoring für den Ablauf übernommen.

Die Unterarbeitsgruppen haben ihre Arbeit aufgenommen und werden im Juli die ersten Ergebnisse im Plenum präsentieren.

Im Frühsommer nächsten Jahres wird voraussichtlich der Landesaktionsplan erstellt sein. Falls alle zeitlichen Rahmenbedingungen eingehalten werden können, soll zu Beginn des Jahres 2016 die Umsetzung beginnen können.

Dies ist ein spannender Prozess, der zwar für die einzelnen TeilnehmerInnen der Arbeitsgruppen zusätzlich zum

Tagesgeschäft einiges an Mehrarbeit erfordert, jedoch die Möglichkeit eröffnet, die Arbeit für von Gewalt betroffene Frauen neu zu gestalten. Im Kreise der Interventionsstellen wird mit der Umsetzung eines Landesaktionsplans die Hoffnung verbunden, dass die von Häuslicher Gewalt betroffenen Familien zukünftig flächendeckend ein ähnliches Angebot und ähnliche Verfahrenswesen antreffen. Falls zukünftig sowohl auf Landes- wie auch auf Kommunalen Ebene die Koordination zum Thema Häusliche Gewalt gewährleistet werden könnte, würde dies ein Meilenstein für die entsprechenden Professionen sein.

Kontakt:

Martina Raab-Heck, Koordinatorin,
Dipl.-Psych.
Freiburger Interventionsprojekt
gegen Häusliche Gewalt (FRIG)
Wölflinstr. 4
79104 Freiburg
0761 / 8973520
info@frig-freiburg.de
www.frig-freiburg.de

MEHR MENSCHENHANDEL – WENIGER VERURTEILUNGEN

Der ersten umfassenden Studie der EU zum Thema Menschenhandel zufolge hat die Zahl der Betroffenen von Menschenhandel um 18 Prozent zugenommen, die Zahl der Verurteilungen von Menschenhändlern ging jedoch um 13 Prozent zurück. Die vor zwei Jahren verabschiedete EU-Richtlinie zur Bekämpfung des Menschenhandels sollte das eigentlich verhindern. Die Richtlinie sieht zum Beispiel eine europaweite Definition des Tatbestands vor und eine schärfere Verfolgung der Täter sowie einen besseren Schutz der Betroffenen. Die Frist zur Übertragung der Richtlinie in nationales Recht ist am 5. April 2013 abgelaufen und auch Deutschland hat sie verstreichen lassen. Jetzt droht die EU-Kommission mit Sanktionen.

Laut der EU-Innenkommissarin Cecilia Malmström wurden im Jahr 2011 in der Europäischen Union über 9500 Personen Opfer von Menschenhändlern – fast ein Fünftel mehr als 2008.

In der Bundesrepublik wurden 651 Opfer bekannt. 61 Prozent von ihnen kamen dabei aus den EU-Staaten, Afri-

ka (14 Prozent), Asien (6 Prozent) und Lateinamerika (5 Prozent). Dabei sind 80 Prozent der Betroffenen weiblich. Knapp zwei Drittel (62 Prozent) der Betroffenen werden, so die Studie, sexuell ausgebeutet und müssen sich prostituieren.

Dass ein Menschenhändler wegen Zwangsprostitution verurteilt wird, ist äußerst schwierig. Nach geltendem Recht liegt die Beweislast beim Opfer und diese verweigern oft die Aussage – aus Angst.

Die Fachberatungsstelle ZORA ist in Mecklenburg-Vorpommern für Betroffene von Menschenhandel und Zwangsverheiratung zuständig und bietet Betroffenen Beratung und Unterstützung an. 2012 wurden durch die Fachstelle vor allem Frauen beraten, denen eine gute Arbeit und gutes Einkommen versprochen wurde, die aber stattdessen in der Prostitution ausgenutzt wurden. Die Frauen stammen aus Bulgarien oder Nigeria, Syrien und Vietnam. In ihren Herkunftsländern sind die wirtschaftliche Lage und die Perspektiven besonders für Frauen so schlecht, dass sie ihre Chancen im Ausland sehen und sich so ein besseres Leben für sich und ihre Familien erhoffen.

Es werden auch Frauen ins Ausland geschickt, um dann die Familien im Heimatland mit Geld zu versorgen. Dies nutzen Menschenhändler und Menschenhändlerinnen aus und vermitteln mit Hilfe von Familien, Verwandten und Bekannten die Betroffenen ins Ausland.

Selbst wenn sie sich bewußt auf Prostitution oder Arbeit in Clubs einlassen, rechnen sie nicht mit solchen ausbeuterischen Bedingungen. Keine ahnt, wie viele Kunden sie bedienen müssen, um das erwartete oder versprochene Geld zu bekommen, auf das sie manchmal ewig warten. Doch auch junge deutsche Frauen gelangten 2012 in die Situation starker Abhängigkeiten und werden zur Prostitution gezwungen.

Insgesamt wurden 2012 von ZORA 30 Personen beraten und betreut. Davon 2 männliche Betroffene und 28 weibliche. 2012 hat die Beratungsstelle und das Landeskriminalamt Mecklenburg Vorpommern, sowie die Kriminalpolizeiinspektionen (KPI) Schwerin, Neubrandenburg und Anklam bei 8 Ermittlungen zusammengearbeitet.

HÄUSLICHE GEWALT IN TRANS* PARTNERSCHAFTEN

Im United Kingdom (UK) wurde eine Handreichung mit dem Titel „Domestic Violence – A resource for trans people“ veröffentlicht, die sich mit häuslicher Gewalt in trans* Partnerschaften befasst. Auf www.broken-rainbow.de ist ein Kurzbeitrag dazu erschienen, der danach fragt, ob es besondere Formen der häuslichen Gewalt aufgrund der Transsexualität gibt. Constance Ohms, Leiterin des Forschungsinstituts des Broken Rainbow e.V., kommt zu der Schlussfolgerung, dass gerade in der Phase der Transition man/frau besonders verletzlich sei. Der/die Täter_in könne diese Phase nutzen, um verstärkt Kontrolle auszuüben. Das kann besonders schwerwiegend werden, wenn Kinder mit betroffen sind. Andere Transsexuelle erfahren Gewalt durch ihre Familienangehörige, wenn sie offen legen, dass sie transsexuell sind, in der Phase der Transition oder wenn sie eine Partnerschaft mit einer anderen (trans*) Person eingehen.

Für viele Menschen ist es schwierig, gewalttätiges Verhalten in der Partnerschaft zu erkennen. Das trifft besonders für diejenigen zu, die in einer solchen Beziehung leben. Allzu leicht möchten sie glauben, dass das „nur einmal“ passiert ist, dass der/die Partner_in einen schlechten Tag hatte und das Geschehen wegen anderer, äußerer Dinge passiert ist.

Andere wiederum glauben, dass häusliche Gewalt nur körperliche Gewalt ist.

Transsexuelle Menschen erfahren außerhalb ihrer Partnerschaften vielfältige Gewalt wegen ihrer Transsexualität. Ist auch das Zuhause und/oder die Partner_innenschaft kein sicherer Ort, kann das Erleben von häuslicher Gewalt besonders traumatisierend wirken.

WAHLPRÜFSTEINE DES DEUTSCHEN FRAUENRATES

Der Deutsche Frauenrat hat Wahlprüfsteine für die Bundestagswahl im September 2013 veröffentlicht und will mithilfe dieser Wahlprüfsteine die Vorstellungen der konkurrierenden Parteien für eine zukunftsfähige und konsistente Gleichstellungspolitik und deren Umsetzung durch die zukünftige Bundesregierung messen. Der umfassende

Forderungskatalog bezieht sich auch auf die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen.

Der DEUTSCHE FRAUENRAT fordert:

- „Einen Rechtsanspruch für gewaltbetroffene Frauen und deren Kinder auf Schutz und Hilfe.
- Eine angemessene und verlässliche Finanzierung der Frauenhäuser, Zufluchtwohnungen, Notrufe und Beratungsstellen, die dem Verfassungsgesetz der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Bundesgebiet Rechnung trägt.
- Eine Nachbesserung des Gewaltschutzgesetzes, die sicherstellt, dass Entscheidungen nach dem Gewaltschutzgesetz in Umgangs- und Sorgerechtsentscheidungen einfließen. Die Lösung muss lauten: „Wer schlägt, der geht! Und kann seine



DEUTSCHER FRAUENRAT

Kinder erst dann wiedersehen, wenn er nachweislich gefährdendes Verhalten geändert hat.“

- Flächendeckend jährliche Weiterbildungen für alle, die an den entsprechenden Verfahren beteiligt sind. Für die Beteiligung daran sollte von den politisch Verantwortlichen aktiv geworben werden. Die Teilnahme sollte, wo möglich, verpflichtend sein.
- Die Sensibilisierung und Schulung aller in medizinischen Berufen Tätigen für das Erkennen von und den Umgang mit gesundheitlichen Folgen häuslicher Gewalt.
- Lösungen, die den Unterstützungsbedarf einer von Gewalt betroffenen Frau mit Behinderung mit sofortiger Wirkung sicherstellen. Pflege und Assistenz müssen auch dann gesichert sein, wenn es zur Wegwei-

sung des/der gewalttätigen Partner/ in kommt, der/die zuvor die Pflege ausgeführt hat.

- Finanzierung von Angeboten zur Stärkung von Frauen mit Behinderung zur Gewaltprävention, z.B. durch Selbstbehauptungs- und Selbstverteidigungskurse oder die Implementierung von Frauenbeauftragten in Einrichtungen der Behindertenhilfe.“

Die einzelnen Wahlprüfsteine können unter www.frauenrat.de nachgelesen werden:

FORDERUNGEN ZUR BUNDESTAGSWAHL 2013

Der Paritätische Wohlfahrtsverband hat in einem umfangreichen Katalog Fakten und Forderungen anlässlich der am 22. September 2013 stattfindenden Bundestagswahl veröffentlicht. Darin heißt es auf Seite 15: „In der Folge von häuslicher Gewalt sind viele Frauen von Erwerbslosigkeit, Verschuldung und der Abhängigkeit von staatlichen Transferleistungen betroffen. Die Kinder haben oft ein Leben lang unter den Gewalterfahrungen zu leiden. Bislang gibt es keinen gesetzlich festgeschriebenen Rechtsanspruch auf Schutz und Hilfe vor Gewalt. Länder und Kommunen reklamieren ihre Zuständigkeit für das Hilfenetz, gewährleisten aber keine ausreichende Infrastruktur von Schutz- und Unterstützungseinrichtungen. Die derzeitige Finanzierung dieses Hilfenetzes ist ein Flickenteppich aus verschiedenen Finanzierungsmodellen mit negativen Auswirkungen für den Schutz betroffener Frauen und deren Kinder. Zudem fehlt es an einer Gesamtverantwortung für die Infrastruktur. Unter den derzeitigen finanziellen Bedingungen sind nicht für alle betroffenen Frauen und deren Kinder Schutz und Hilfe sichergestellt.“

Wir fordern:

- Frauen und Kinder brauchen einen einklagbaren Rechtsanspruch auf Schutz und Hilfe bei häuslicher und sexualisierter Gewalt.
- Der Bund muss seine Regelungskompetenz nutzen, um effektiven Schutz und schnelle Hilfe sowie ein verlässliches Unterstützungssystem für gewaltbetroffene Frauen und deren Kinder sicherzustellen.

- Schutz vor Gewalt muss überall und niedrigschwellig zugänglich sein.
- Der Staat muss gewaltbetroffenen Frauen und deren Kindern ein menschenwürdiges Existenzminimum gewährleisten.
- Schutz und Hilfe müssen jeder gewaltbetroffenen Frau und deren Kindern zur Verfügung stehen und zwar unabhängig von Einkommen, Aufenthaltstitel, Herkunftsort, gesundheitlichen Beeinträchtigungen oder Behinderungen.“

Die Broschüre „Soziales zählt. Forderungen zur Bundestagswahl 2013“ des Paritätischen Gesamtverbandes mit Wahlprüfsteinen ist zu finden unter: www.paritaet-alsopfleg.de



Das Hilfetelefon ist unter der kostenfreien Telefonnummer 08000 116 016 zu erreichen. Es stehen mehrsprachige Beraterinnen hilfesuchenden Frauen zu allen Formen der Gewalt kostenlos und rund um die Uhr zur Seite.

Hörgeschädigte und gehörlose Frauen können mit den Beraterinnen des Hilfetelefon Montag bis Sonntag von 8 bis 23 Uhr in Kontakt treten – barrierefrei mit Gebärden- oder Schriftsprachdolmetscherinnen und kostenlos.

Auch SozialarbeiterInnen, PädagogInnen oder PsychotherapeutInnen können sich mit ihren Fragen an das Hilfetelefon wenden, um sich über Konflikte im Kontext der Beratung fachlich auszutauschen.

Weitere Informationen und Materialien zu finden unter: www.hilfetelefon.de

„ELTERN-KIND-ENTFREMUNG“ ALS DIAGNOSE NICHT ANERKANNT

Der Vorwurf der Beeinflussung des Kindeswillens durch die Diagnose einer „Eltern-Kind-Entfremdung“ (Parental Alienation Disorder/ PAS) kann schwerwiegende familienrechtliche Folgen nach sich ziehen. Mit dem

Syndrom „Elternentfremdung“ wurde bislang eine Störung des Kindesalters bezeichnet, die fast ausschließlich im Zusammenhang mit Sorgerechtsstreitigkeiten aufträte. Diese entstünde aus dem Zusammenwirken von Indoktrinierung durch ein Elternteil. Die Bedürfnisse der Kinder geraten dabei regelmäßig aus dem Mittelpunkt.

Der in der Zeitschrift „Kindschaftsrecht und Jugendhilfe“ im Mai 2013 erschienene Aufsatz von Jörg M. Fegert verdeutlicht, dass der Diagnose „Parental Alienation Disorder“ Klassifikationskriterien und die empirische Substanz fehlen. Eine diagnostische Verwendung des Begriffes ist abgelehnt worden: „Die amerikanische Gesellschaft für Psychiatrie hat den Antrag abgelehnt, Parental Alienation Disorder als psychiatrische Diagnosekategorie in dem weltweit meist verbreiteten Klassifizierungssystem aufzunehmen“ (S. 190 ebd.). Fegert kommt zu dem Fazit, dass eine gerichtliche Entscheidung nicht auf ein Störungsbild aufbauen kann, für das es kein klar definiertes Syndrom gibt.

SCHAUEN SIE HINTER DIE MASKE

Das Ziel der Kampagne „Schauen Sie hinter die Maske“ von UN Women Nationales Komitee Deutschland e.V. ist es, deutschlandweit auf die Themen Gleichberechtigung der Geschlechter und Stärkung der Rechte der Frau, Gewalt gegen Frauen aufmerksam zu machen. Dazu wurde ein TV-Spot gedreht, der großflächig in Berlin im öffentlichen Raum gezeigt wurde. Er



thematisiert das Problem häuslicher Gewalt gegen Frauen – schauen Sie selbst hinter die Maske: www.unwomen.de UN Women forderte auf der 57. Sitzung der Frauenrechtskommission im März in New York die Umsetzung aller geltenden Gesetze und Konventionen und umfassende Präventionsmaßnahmen, damit Gewalt gegen Frauen beendet wird.

FACHSTELLUNGNAHMEN FEMINISTISCHER JURISTINNENTAG

Der 39. Feministische Juristinnentag fand mit großer Beteiligung vom 03.-05. Mai 2013 in Berlin statt. Die verabschiedeten Fachstellungen beziehen sich unter anderem auf die Themen „Sorgerechtsverfahren – Sorgerecht und Sorgspflicht“, „Gewalt gegen Frauen mit Behinderung“, „Internationale und europäische Menschenrechte“, „Rechte intersexueller Menschen“ und „Effektive rechtliche Bekämpfung sexualisierter Gewalt“. Die Stellungnahmen 2013 zum Nachlesen hier: www.feministischer-juristinnentag.de

FONDS SEXUELLER MISSBRAUCH

Im November 2011 hatte der Runde Tisch Sexueller Kindesmissbrauch seinen Abschlussbericht vorgelegt, in dem die Einrichtung eines ergänzenden Hilfesystems für diejenigen empfohlen wurde, die in ihrer Kindheit bzw. Jugend sexuellen Missbrauch erlitten haben und noch heute an diesen Folgewirkungen leiden. Zur Umsetzung dieser Empfehlung wurde zum 1. Mai 2013 der „Fonds Sexueller Missbrauch“ (www.fonds-missbrauch.de) zunächst für den familiären Bereich eingerichtet.

Der Fonds wird durch das Land Mecklenburg Vorpommern finanziell unterstützt. Aus diesem Fonds können ab sofort bis 30. April 2016 Betroffene, die als Kinder oder Jugendliche in ihrer Familie sexuell missbraucht wurden, also zum Tatzeitpunkt minderjährig waren, Anträge stellen. Die Antragstellenden bekommen aus dem Fonds jedoch kein Geld, sondern Sachleistungen. Zu den Leistungen gehören zum Beispiel Psychotherapien, Kosten der individuellen Aufarbeitung des Missbrauchs, Unterstützung bei Weiterbildungs- und Qualifikationsmaßnahmen sowie Beratungs- und Betreuungskosten. Ob die Anspruchsvoraussetzungen vorliegen, wird von einer sogenannten Clearingstelle geprüft. Ein Rechtsanspruch auf Leistungen aus dem Hilfsfonds besteht nicht. Der Hilfsbetrag ist auf 10.000 Euro begrenzt. Hilfen aus dem Fonds werden nur gezahlt, wenn keine andere Leistung gegriffen hat (zum Beispiel

zivilrechtliche Ansprüche, Ansprüche nach dem Opferentschädigungsgesetz, Krankenkassen etc.).

Im Hinblick darauf, dass die Antragstellung belastend sein kann, wird empfohlen, eine Beratung in Anspruch zu nehmen. In Mecklenburg-Vorpommern können sich Angehörige, Unterstützende und Betroffene mit ihren Fragen an die Beratungsstellen gegen sexualisierte Gewalt und an den Weißen Ring (www.weisser-ring.de) wenden. Die verschiedenen Einrichtungen kooperieren, um bei der Antragstellung effizient zu beraten.



Fonds Sexueller Missbrauch

Die Einrichtungen sind zu erreichen:

- Rostock: Fachberatungsstelle gegen sexualisierte Gewalt, Tel: 0381.4403290
- Schwerin: Beratungsstelle gegen sexualisierte Gewalt, Tel: 0385.5557352
- Greifswald: Beratung für Betroffene sexualisierter Gewalt, Tel: 03834.7983199
- Bergen/ Rügen: MISS – Beratungsstelle für Betroffene sexualisierter Gewalt, Tel: 03838.254545
- Neubrandenburg: Beratungsstelle MAXI für Betroffene von sexueller Gewalt, Tel: 0395.5706661

Das Infotelefon zum Fonds Sexueller Missbrauch ist auch für Angehörige und Freunde von Betroffenen unter der Telefonnummer: 0800 400 1050 kostenfrei und anonymisiert zu erreichen.

Hilfeportal Sexueller Missbrauch

Ein neues Online-Angebot bietet von sexualisierter Gewalt Betroffenen, Angehörigen und Fachkräften Informationen zu Beratung, Hilfen und Fragen der Prävention. Eine Datenbank unterstützt bundesweit die Suche nach spezialisierten Beratungs- und Hilfsangeboten vor Ort.

Die Einrichtung eines Hilfepor-

tals war eine zentrale Empfehlung des Runden Tisches „Sexueller Kindesmissbrauch“, mit dessen Umsetzung der Unabhängige Beauftragte für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs, Johannes-Wilhelm Rörig, beauftragt wurde.

Das Hilfeportal ist spezifisch auf die Thematik des sexuellen Kindesmissbrauchs ausgerichtet und übernimmt eine Lotsenfunktion für das gesamte Bundesgebiet.

„Es ist wichtig, dass Betroffene schnell eine gute Orientierung, passgenaue Hilfen sowie Beratung und Unterstützung finden“, sagt Rörig zum Start. „Wenn der Unterstützungs- und Hilfebedarf durch Beratungsangebote vor Ort nicht gedeckt werden kann, kommen wir auf dem Weg zur wirksamen Bekämpfung sexuellen Kindesmissbrauchs keinen Schritt weiter. Hier bleiben die Länder und Kommunen weiterhin in der Pflicht“ so Rörig.

Das Hilfeportal richtet sich an erwachsene Betroffene und Jugendliche sowie an Angehörige, das soziale Umfeld und Fachkräfte. Es wendet sich nicht explizit an Kinder, verweist aber auf entsprechende Angebote für Mädchen und Jungen.

Es ist zu den Sprechzeiten unter 0800-22 55 530 kostenfrei & anonym zu erreichen. Alle Infos unter: www.hilfeportal-missbrauch.de

24. OKTOBER

TAGUNG IN GÜSTROW ZUM PRÄVENTIVEN OPFERSCHUTZ

Die Tagung zu rechtlichen und tatsächlichen Möglichkeiten der Behandlung abgeurteilter oder tatgelegter Gewalt- oder Sexualstraftäter am 24. Oktober 2013 in Güstrow bietet eine Bandbreite an spannenden Vorträgen. Sie wird einen Einblick in das Feld der Kriminalprävention aus forensisch-psychiatrischer Sicht geben sowie Defizite und Handlungsbedarfe für einen verbesserten Opferschutz aufzeigen. Vorträge zu „Psychischen Störungen bei Strafgefangenen, Diagnose und Behandlung“, „Erziehungs- und Behandlungsmöglichkeiten von jugendlichen und heranwachsenden Straftätern im Jugendvollzug“ und „Behandlungsmöglichkeiten im Rahmen der Füh-

rungsaufsicht oder im Rahmen von Bewährungsfällen“, aber auch die „Behandlung von sog. Tatgeneigten; erste Forschungsergebnisse der Universität Heidelberg“ sowie „Möglichkeiten der Verbesserung des Opferschutzes durch eine Verbesserung der Täterarbeit im Bereich der häuslichen Gewalt“ werden geboten. Die Veranstaltung ist kostenfrei. Anmeldung werden bis 18.10.2013 an i.kuberka@fh-guestrow.de oder an info@bios-bw.de erbeten.



Weitere Informationen zur Tagung und zum Veranstalter, der Behandlungs-Initiative Opferschutz e.V. (BIOS) auf www.bios-bw.de

OHNE GESCHLECHTER- SENSIBILITÄT KEINE ERFOR- SCHUNG VON PARTNER- GEWALT

Die repräsentative „Studie zur Gesundheit Erwachsener in Deutschland“ (DEGS1) des Robert-Koch-Instituts untersuchte in einer Teilstudie „Körperliche und psychische Gewalterfahrungen in der deutschen Erwachsenenbevölkerung“. Der Studie folgten etliche Stellungnahmen und Kritiken. Denn bei der Erfassung, der Auswertung und der Interpretation wurden die Instrumente für eine geschlechtersensible Gewalt- und Gesundheitsforschung nicht berücksichtigt. Die Kritik blieb durch das Robert-Koch-Institut nicht unbeantwortet.

Nach dem Erscheinen des SPIEGEL-Artikel vom 28. Mai, indem Auszüge der Studie „Körperliche und psychische Gewalterfahrungen in der deutschen Erwachsenenbevölkerung“ so interpretiert wurden, als seien Männer nun vermehrt Opfer von Partnerschaftsgewalt stellte der Sozialwissenschaftler und Autor Andrej Holm klar: „...die Erfahrung von körperlicher Gewalt in der Partnerschaft liegt bei Frauen (1,2%) um ein Drittel höher als

bei Männern (0,9%). Also wurde die Geschlechterasymmetrie durch die Studie bestätigt. Woher dann die Interpretation, Frauen wären in einer Partnerschaft gewalttätiger als ihre Partner? Durch die Zusammenstellung einzelner Studienergebnisse und durch aus dem Zusammenhang gerissener Zitate sei in dem Artikel, so Holm, der Eindruck erweckt worden, Männer seien nun vermehrt Opfer häuslicher Gewalt. Die Studie zeige Holm zufolge auch, dass „Männer sich selbst in Bezug auf Gewalt in der Partnerschaft häufiger als Opfer denn als Täter sehen. Die Gewalterfahrungen von Frauen deuten jedoch auf eine erhebliche Dunkelziffer männlicher Gewalttäter in Partnerschaften.“ Das Ergebnis der Studie beschreibt Holm wie folgt: „Für Männer weist die Partnerschaft die geringste Gefahr auf, Opfer körperliche Gewalt zu werden.“

Dr. Petra Brzank veröffentlichte am 2. Juni für das „Nationale Netzwerk Frauen und Gesundheit“ (siehe Kasten) mit einer Vielzahl an Institutionen und renommierten medizinischen Fachverbänden eine Stellungnahme zu der Studie „Körperliche und psychische Gewalterfahrungen in der deutschen Erwachsenenbevölkerung“. Die Expertinnen kommen zu dem Schluss, dass die Ergebnisse nicht geeignet seien, einen Erkenntnisgewinn über das komplexe Problem der Gewalt im Geschlechterverhältnis beizutragen und schließen mit der Forderung, dass künftig „eine gendersensible Methodik bei der Erfassung, Beschreibung und Interpretation von Gewalt in Partnerschaften berücksichtigt“ werden müsse.

Auch Dr. Monika Schröttle hat sich, als indirekt an der Studie beteiligte Wissenschaftlerin zu Wort gemeldet: „Die Fehler, die hier gemacht wurden, sollten gerade von einem hoch anerkannten Forschungsinstitut wie dem RKI korrigiert und konstruktiv für künftige Forschung genutzt werden.“ Aus Ihrer Stellungnahme vom 24. Juni geht weiterhin hervor, dass sie „ursprünglich für diesen Survey ein differenziertes Befragungsmodule erarbeitet hatte, das dann für den Gesundheitssurvey“ ohne ihr Wissen „bis zur Unkenntlichkeit (und Unbrauchbarkeit) herunter gekürzt wurde“.

Dr. Monika Schröttle ist Projektleiterin an der Universität Gießen und am Institut für empirische Soziologie an der Universität Erlangen-Nürnberg. Sie forscht seit über 20 Jahren interdisziplinär zum Themenbereich Gewalt, Geschlecht, Behinderung und Gesundheitsfolgen und distanziert sich aus einer Vielzahl an fachlichen Gründen von der Studie, macht aber auch Vorschläge zum konkreten Vorgehen für ein Gesundheits- und Gewaltmonitoring:

„In einer versierten gendersensiblen Gewalt- und Gesundheitsforschung müssen (...) auch Kontexte, Schweregrade und Folgen, sowie Dynamiken und Bedeutungen, aber auch gesellschaftlich-strukturelle Hintergründe der Gewalt mit erfasst und/oder beschrieben werden. Das Modul könnte wenige Items zur Abfrage von widerfahrener körperlicher, sexueller und psychischer Gewalt umfassen, die grobe Einteilungen der Schwere der Handlungen zulassen und auf unterschiedliche Lebenskontexte bezogen sind. Kontextspezifisch sollten auch Verletzungsfolgen, Bedrohlichkeit und psychische/soziale Folgen erhoben werden; wenn möglich auch Gewaltinitiative und Muster ein-/beidseitiger Gewaltanwendung. Vielleicht sind künftig zudem Kontrollfragen zu entwickeln, die vorsichtige Hinweise darauf geben, wo u.U. Täter/innen, etwa bei häuslicher Gewalt, sich im Zuge individueller und gesellschaftlicher Leugnungs- und Bagatellisierungsprozesse als Opfer darstellen (...). Ein Ausschließen von Fragen zu sexueller Gewalt, ebenso wie ein Verzicht auf Fragen, die Schweregrade und gesundheitliche Folgen von Gewalt differenzieren, sollten in künftigen Modulen aus den o.g. Gründen vermieden werden.“

Das Robert-Koch-Institut (RKI) plant nach eigenen Angaben und als Folge auf die kritischen Reaktionen, „in Kooperation mit den auf diesem Gebiet tätigen Forscherinnen und Forschern einen revidierten Beitrag zu erarbeiten. Dabei sollen in vertieften Auswertungen Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen den Geschlechtern im Hinblick auf gesundheitliche Folgen von Gewalt herausgearbeitet werden.“ Zudem erfolgen, so ist auf der Website des RKI zu lesen, „zusammen

mit den Expertinnen und Experten aus der Gewaltforschung Überarbeitungen der Instrumente für künftige Befragungen zur Gewalt im Rahmen des bundesweiten Gesundheitsmonitorings.“

Die Ergebnisse der ersten Erhebungswelle der Studie zur Gesundheit Erwachsener in Deutschland sind im Doppelheft Mai/Juni 2013 der Fachzeitschrift „Bundesgesundheitsblatt – Gesundheitsforschung – Gesundheitsschutz“ erschienen.

Die Stellungnahmen, Artikel und die Teilstudie „Körperliche und psychische Gewalterfahrungen in der deutschen Erwachsenenbevölkerung – Ergebnisse der Studie zur Gesundheit Erwachsener in Deutschland (DEGS1)“ sind als PDF-Dokumente auf der Website des Robert Koch-Instituts (RKI) abrufbar: www.rki.de.

Der sozialwissenschaftliche Kommentar von Andrej Holm zur Rezeption der Studie erschien in der Zeitung FREITAG vom 29. Mai 2013.

Nationales Netzwerk
Frauen und Gesundheit



Das Nationale Netzwerk Frauen und Gesundheit ist ein Zusammenschluss von Institutionen und Verbänden mit dem Ziel, frauenspezifische und geschlechterdifferenzierende Standards in der Gesundheitsforschung, Gesundheitsförderung und Gesundheitsversorgung zu etablieren und langfristig zu verstetigen. Mit der Herausgabe verschiedener Broschüren trägt es u.a. dazu bei, dass Frauen evidenzbasierte Informationen zu Fragen wie Mammografie-Screening oder Gebärmutterhalskrebs-Früherkennung erhalten. Zu den Mitgliedsverbänden siehe:

www.nationales-netzwerk-frauen-gesundheit.de/verbaendeundaks/index.htm

MEHR TUN FÜR FRAUEN, DIE GEWALT ERFAHREN

Margret Chan, Generaldirektorin der Weltgesundheitsorganisation (WHO) stellte das Ergebnis der ersten systematischen Erhebung zu Gewalt gegen Frau-



World Health Organization

en am 20.06.2013 in Genf vor. „Gewalt gegen Frauen“ so die Generaldirektorin „ist ein globales Gesundheitsproblem von epidemischem Ausmaß“. Zu den Ergebnissen der Studie mit dem Titel „Global and regional estimates of violence against women: Prevalence and health effects of intimate partner violence and non-partner sexual violence“ gehört, was Frauenunterstützungseinrichtungen aus ihrer Erfahrung schon lange wissen: Frauen erleiden sexualisierte Gewalt und andere Brutalitäten eher durch ihre eigenen Ehemänner als durch Fremdtäter. **Gewalt innerhalb von Beziehungen ist mit 30 Prozent, laut der WHO Studie, die am meisten verbreitete Gewalt gegen Frauen.**

Weltweit leiden 35 Prozent aller Frauen – mehr als jede Dritte – unter Schlägen, Werfen von Gegenständen nach ihr, Fußtritten, Würgen und Verbrennungen, Vergewaltigung, sexueller Nötigung, Bedrohung mit vorgehaltenen Schusswaffen und anderen Taten.

7,2 Prozent aller Frauen (über 15 Jahren) werden der Studie zufolge Opfer sexueller Gewalt durch andere Menschen als ihre Beziehungspartner. Nicht wenige Frauen und Mädchen erleiden sogar beide Formen der Gewalt. Frauen, die sexualisierte Gewalt erlitten, treffen 1,5-mal mehr auch sexuell übertragbare Erkrankung wie Syphilis, Chlamydien oder HIV.

Erschreckend ist zudem, dass 38 Prozent aller Frauen, die ermordet wurden, durch ihre aktuellen oder ehemaligen Partner getötet wurden. Und 42 Prozent der Frauen, die körperliche oder sexualisierte Gewalt durch ihren Partner erlebt haben, erlitten in Folge dessen körper-

liche Verletzungen. Partnerschaftsgewalt ist der Studie zufolge eine Hauptursache für Depressionen, Gesundheitsprobleme, Alkoholsucht, ungewollte Schwangerschaften, Schwangerschaftsabbrüche sowie Früh- und Fehlgeburten.

In der ZEIT-Online ist am 20.06.2013 (dpa/tst) zu lesen, dass das Ausmaß in einem Zusammenhang zum Wohlstandsgefälle stehe: „So sind der Studie zufolge in Regionen mit einem hohen Durchschnittseinkommen – darunter Nordamerika, Westeuropa, Australien und Japan – 23,2 Prozent und im restlichen Europa 25,4 Prozent der Frauen Opfer von körperlicher oder sexueller Gewalt durch Beziehungspartner. In Südostasien seien es 37,7 Prozent und in Afrika 36,6 Prozent. Am häufigsten sind Frauen zwischen 40 und 44 Jahren Opfer von Gewalt in Beziehungen (37,8 Prozent), am wenigsten zwischen 50 und 59 Jahren (15,1 Prozent). Danach verzeichnen die Autoren der Studie wieder einen Anstieg: 19,6 Prozent der Frauen zwischen 60 und 64 Jahren sowie 22,2 Prozent der 65- bis

69-Jährigen – höhere Lebensalter wurden nicht ausgewiesen. Bei den 15- bis 19-Jährigen sind es 29,4 Prozent.“

Die Daten für den umfangreichen Bericht hatten Expertinnen und Experten der WHO sowie der London School of Hygiene and Tropical Medicine und des South African Medical Research Council zusammengetragen.

Die Studie ist nachzulesen unter: www.who.in

Neu erschienen: „Responding to intimate partner violence and sexual violence against women“ WHO clinical and policy guidelines (zu beziehen unter: www.who.in)

IMPRESSUM

Herausgeberin:

Frauen helfen Frauen e.V. Rostock
Ernst-Haeckel-Str. 1
18059 Rostock
Tel. (0381) 44 030 77
www.fhf-rostock.de

Redaktion:

Ulrike Bartel · Gisela Best (CORA)
Tel. 0381-40 10 229
cora@fhf-rostock.de

Satz und Druck:

Altstadt-Druck, Rostock

Rechte:

Alle Rechte liegen bei der Herausgeberin.
Für namentlich gezeichnete Beiträge sind die AutorInnen selbst verantwortlich.
Für unaufgefordert eingesendete Texte und Fotos werden keine Haftung übernommen.

Finanzierung:

Die Herausgabe von CORAktuell wird finanziell unterstützt durch das Ministerium für Arbeit, Gleichstellung und Soziales M-V.

CORAktuell erscheint unregelmäßig drei- bis viermal im Jahr.
Bestellungen bitte an die Herausgeberin richten.